

## Informationen zur Bundestagswahl 2017

In Deutschland wird alle vier Jahre ein neuer Bundestag gewählt. Über die Zusammensetzung entscheiden die Wählerinnen und Wähler. Sie haben zwei Stimmen: Mit der Erststimme wählen Sie den Direktkandidaten oder die Direktkandidatin aus Ihrem Wahlkreis. Mit der Zweitstimme wählen Sie die Liste einer Partei, welche für das Kräfteverhältnis der Parteien im Parlament ausschlaggebend ist.

Bei der letzten Bundestagswahl am 22. September 2013 lag die Wahlbeteiligung bei 71,5 %. Das geht noch besser!

### Stärken Sie am 24. September 2017 die Demokratie!

Nutzen Sie Ihr Stimmrecht bewusst. Geben Sie der Partei Ihre Stimme, die Ihren Überzeugungen am nächsten kommt.

### Keine Stimme für Rechtspopulisten!

### Gehen Sie wählen!



## Bundestagswahl 2017 – Wählen gehen!

Am 24. September 2017 sind rund 61,5 Millionen Wählerinnen und Wähler aufgerufen, den neuen Deutschen Bundestag zu wählen.

Der Bundestag ist das oberste demokratische Staatsorgan in Deutschland. Die Gesetzgebung und die Kontrolle der Regierungsarbeit sind die wichtigsten Aufgaben der Abgeordneten des Bundestages. Die Abgeordneten entscheiden auch über den Bundeshaushalt und alle Einsätze der Bundeswehr. Weiterhin wählen sie die Bundeskanzlerin oder den Bundeskanzler.

Mit Ihrer Entscheidung für eine Partei und deren Wahlprogramm bestimmen Sie, wie und von wem Deutschland in den nächsten vier Jahren regiert werden soll.

Für Gute Arbeit der Zukunft, soziale Gerechtigkeit und ein demokratisches Europa.

### Gehen Sie wählen!



## Bundestagswahl 2017

### Gehen Sie wählen – am 24. September 2017!

Für die Zukunft der Menschen in Deutschland. Ihre Stimme für Gute Arbeit der Zukunft, soziale Gerechtigkeit und ein demokratisches Europa.

## Der DGB hat klare Forderungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2017 formuliert.

Einige der Forderungen des DGB:

- ✗ **Arbeitszeitsouveränität** schaffen
- ✗ ein Recht auf **befristete Teilzeit** für Beschäftigte schaffen
- ✗ **sachgrundlose Befristungen** abschaffen
- ✗ die **Tarifbindung** stärken
- ✗ den **Kündigungsschutz** verbessern
- ✗ verlässliche **gesetzliche Rentenversicherung**
- ✗ das **Mindestlohngesetz** konsequent umsetzen
- ✗ Stärkung der **betrieblichen Mitbestimmung**
- ✗ ein starkes **demokratisches Europa**

Der DGB Sachsen hat einige der gewerkschaftlichen Forderungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2017 den Wahlprogrammen der Parteien gegenübergestellt.

Ausführliche Informationen zu den Forderungen des DGB, den Wahlprogrammen der Parteien und den Veranstaltungen in den DGB-Regionen sowie DGB-Kreis- und Stadtverbänden in Sachsen finden Sie unter:

[www.sachsen.dgb.de/bundestagswahl](http://www.sachsen.dgb.de/bundestagswahl)

[www.dgb.de/dgb-zur-bundestagswahl-2017-jetzt-gerecht-du-hast-die-wahl](http://www.dgb.de/dgb-zur-bundestagswahl-2017-jetzt-gerecht-du-hast-die-wahl)



DGB-Forderungen	DGB	CDU	CDU	SPD	SPD	Die Linke	DIE LINKE.	Grüne	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	FDP	Freie Demokraten FDP	AfD	Alternative für Deutschland
<b>Gute Arbeit der Zukunft</b>													
<b>Arbeitszeitsouveränität</b> für Beschäftigte schaffen, u. a. durch Recht auf befristete Teilzeit und Bestimmung der Arbeitszeitlage; <b>Abschaffung sachgrundloser Befristung</b> und bestimmter Kettenbefristungen		Zusätzliche Spielräume für Flexibilisierung im Rahmen von Tarifverträgen (keine Erhöhung der Gesamt-Wochenarbeitszeit), in Betrieben ab bestimmter Größe Anspruch auf befristete Teilzeit schaffen, offenkundige Missbräuche bei befristeten Arbeitsverhältnissen abstellen		Freiwillige Teilzeitarbeit und Rückkehrrecht auf frühere Arbeitszeit, mehr Wahlmöglichkeiten bei der Arbeitszeit und dem Arbeitsort für Beschäftigte (solange betriebliche Belange dem nicht entgegenstehen), Abschaffung der sachgrundlosen Befristung		Recht auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung mit Rückkehrrecht auf vorherige vertragliche Arbeitszeit; mehr Einfluss für Beschäftigte auf die Gestaltung ihrer Arbeit und Arbeitszeit; sachgrundlose Befristung abschaffen		Zwischen 30 bis 40 Stunden die persönliche Vollzeit festlegen (mit Rückkehrrecht auf die ursprüngliche Stundenzahl); mehr Mitspracherecht über den Umfang, die Lage und den Ort ihrer Arbeit; sachgrundlose Befristungen abschaffen		Arbeitszeitgesetz flexibilisieren; bisherige Grenze täglicher Höchstarbeitszeit aufheben, wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden festschreiben; Befristungen nicht weiter einschränken		Keine Aussagen zu Arbeitszeit und befristeten Arbeitsverhältnissen	
<b>Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen verhindern</b> , u. a. durch Prinzip »gleicher Lohn für gleiche Arbeit«, Streikbruchverbot, Rechtsklarheit bei Werkverträgen und verpflichtende Übernahme nach 18 Monaten; daneben Verbot des Austauschs durch andere Leiharbeiter und Durchsetzung von Mitbestimmung sowie Informationsrechten		Keine weitere Regelung bei Leiharbeit und Werkverträgen nötig		Bei Leiharbeit gleiche Vergütung ab dem ersten Tag (Abweichungsmöglichkeit nur durch repräsentative Tarifverträge), Höchstüberlassungsdauer, Koppelung eines Leiharbeitsverhältnisses an einen Arbeitseinsatz verbieten, Mitbestimmung der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen ausbauen, Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen		Leiharbeit abschaffen (bis dahin gleicher Lohn wie Festangestellte plus 10 % Flexibilitätszulage, Übernahme nach 3 Monaten, kein Austausch gegen andere Leiharbeiter); Zustimmung Betriebsrat bei Leiharbeit und Werkverträgen sowie Anbindung an gültige Tarifverträge des Kernbetriebes; Beweislastumkehr bei Werkverträgen		Bei Leiharbeit gleiche Bezahlung ab dem ersten Tag, plus Flexibilitätsprämie; klare Abgrenzung von Werk- oder Dienstverträgen		Flexibler Arbeitsmarkt und Tarifautonomie, Abbau überflüssiger Regularien in der Zeitarbeit, unnötige gesetzliche Vorschriften zur Überlassungsdauer und Entlohnung führen zu Unsicherheiten und Aufwand		Für Leiharbeiter nach 6 Monaten gleiche Bedingungen wie für Festangestellte; gesetzliche Obergrenze von 15 % Beschäftigten mit Leih- oder Werkverträgen in Unternehmen	
<b>Soziale Gerechtigkeit</b>													
<b>Verlässliche gesetzliche Rentenversicherung</b> , Rentenniveau bei 48 % stabilisieren und in einem weiteren Schritt auf 50 % anheben; Basis an Beitragszahlern verbreitern (Selbstständige)		Geplante Entwicklung des Rentenbeitrags und Rentenniveaus bis 2030 fortführen, Einsetzung einer Rentenkommission, die Vorschläge für weitere Entwicklung erarbeitet		Rentenniveau von mind. 48 % und Beitragssatz von höchstens 22 %. Einbeziehung Selbstständiger, die nicht in einem Versorgungswerk abgesichert sind, als erster Schritt zur Erwerbstätigenversicherung		Rentenniveau auf 53 % anheben, Beitragsbemessung vereinheitlichen, dann anheben und schließlich aufheben; Erwerbstätigenversicherung (Einbeziehung Selbstständige, Politiker etc.) schaffen, Solidarische Mindestrente von 1.050 € (regelmäßige Anpassung an Lebenshaltung)		Stabilisierung des Rentenniveaus, kein Absenken; alle nicht anderweitig abgesicherten Selbstständigen in die Rentenversicherung einbeziehen – erster Schritt zur Bürgerversicherung; versicherungsfremde Leistungen aus Steuern finanzieren		Höhe der Rente berechnet sich an durchschnittlicher Lebenserwartung der jeweiligen Generation, kann sich verändern (jahrgangsindividueller Faktor), politisch festgelegtes Renteneintrittsalter abschaffen		Keine Aussage zu Rentenniveau und Renteneintrittsalter; stärkere Mitfinanzierung aus Steuermitteln gefordert; Betriebsrente und rein private Altersvorsorge gesetzgeberisch stärken	
<b>Teilhabe von Frauen</b> an Führungsfunktionen in der deutschen Wirtschaft bis zu den Vorständen verbindlich regeln; Entgeltgleichheit von Männern und Frauen besser durchsetzen		Mehr Frauen in Führungspositionen; Wirkung Entgelttransparenz-Gesetz überprüfen		Entgeltgleichheitsgesetz mit Verbandsklagerecht weiterentw., Frauenquote von 50 % in Führungsgremien in der Privatwirtschaft, in Körperschaften öffentl. Rechts, in den Sozialversicherungen und allen Gremien wie Vorstände und Aufsichtsräte		Verbindliche Frauenquote von 50 % für alle Aufsichtsräte sowie für die Vorstände aller Unternehmen, verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz samt Verbandsklagerecht		50%-Frauenquote für die 3.500 börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen; wirksames und effektives Entgeltgleichheitsgesetz auch für kleine Betriebe		Mehr Frauen in Führungspositionen, aber Ablehnung gesetzlicher Quote; Anreize für Unternehmen, Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen; Entgeltgleichheitsgesetz ist bürokratische Belastung für Unternehmen		Ablehnung von »Gender-Ideologie«, von Quotenregelungen, von »Propagandaaktionen« wie dem Equal Pay Day und von geschlechtsneutraler Sprache	
<b>Integration</b>													
<b>Integration fördern</b> , Partizipation ausbauen; bessere Teilhabechancen in Bildung, Ausbildung, Beruf und Gesellschaft		Regelmäßiges Integrationsmonitoring; Menschen mit Bleibeperspektive dabei unterstützen, baldmöglichst ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft bestreiten zu können (Sprache und berufliche Bildung); bei Integrationsverweigerung Konsequenzen, bis hin zum Verlust der Aufenthaltsberechtigung; dauerhafte doppelte Staatsbürgerschaft muss immer Ausnahme bleiben		Anerkannten AsylbewerberInnen schnell einen verpflichtenden und berufsqualifizierenden Sprachkurs anbieten, genauso wie Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote; Integrationskurse auch für jene, deren Bleibeperspektive unklar ist; Verzahnung von Kompetenzfeststellung und Arbeitsmarktintegration, modernes Staatsangehörigkeitsrecht, für Prinzip Mehrstaatigkeit		Integrationsangebote ausbauen: frühzeitiger Zugang zu Integrations- und Sprachkursen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus; Recht auf Mehrstaatlichkeit und Familiennachzug, Wahlrecht ausweiten und einfachere Anerkennung von Qualifikationen		Gesicherter Aufenthaltstitel für Asylsuchende und Geduldete als Grundlage für deren Ausbildung und anschließende Beschäftigung; schnellstmöglicher Zugang zu Integrations- und Sprachkursen ohne Einschränkung durch Aufenthaltsstatus; bessere Anerkennung von Abschlüssen und mitgebrachten Kenntnissen; liberales Staatsbürgerschaftsrecht, das Mehrstaatigkeit ermöglicht		Modulares Integrationsprogramm, schnellerer Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge mit dauerhafter Bleibeperspektive, Arbeitsverbote und Vorrangprüfungen abschaffen, Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn für Flüchtlinge einführen, Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen; doppelte Staatsangehörigkeit grundsätzlich ermöglichen		Bringschuld jedes Migranten oder Einwanderers mit einem dauerhaften Bleiberecht, sich seiner neuen Heimat und der deutschen Leitkultur anzupassen; dauerhaft erfolgreiche Assimilation und Loyalität als Bedingungen für Einbürgerung; strenge Kontrollen an deutschen Grenzübergängen; Bewachung der grünen Grenze durch integrierte Sicherungssysteme, u. a. Zäune	
<b>Handlungsfähiger Staat</b>													
<b>Stärkere Besteuerung</b> von hohen Vermögen, Einkommen sowie Erbschaften und Wiedereinführung der Vermögensteuer für einen Pakt zur gerechten Finanzierung und Umsetzung öffentlicher Investitionen		Ablehnung jeder Verschlechterung bei der Erbschaftssteuer, Wiedereinführung der Vermögensteuer ausgeschlossen, Spitzensteuersatz erst bei einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von 60.000 € erheben		Große Erbschaften höher besteuern, mit weniger Ausnahmen; keine Aussage zur Vermögensteuer; Spitzensteuersatz auf 45 % anheben, fällig ab 76.200 € Jahreseinkommen (Ehepaare 152.400 €); 3 % Reichensteuer auf Spitzensteuersatz für Ledige ab 250.000 € zu versteuerndes Einkommen		Erbschaftsteuer auf hohe Erbschaften erhöhen, Schlupflöcher schließen, Freistellung von selbstgenutztem Wohneigentum; 5 % Vermögensteuer ab 1 Mio. €; Erhöhung der Reichensteuer auf 60 % ab 260.000 € und 75 % oberhalb 1 Mio. € zu versteuerndem Einkommen		Einfacheres und gerechteres Erbschaftsteuermodell (bei Scheitern vor Bundesverfassungsgericht); Vermögensteuer für Superreiche, Spitzensteuersatz über 100.000 € (Single-Haushalt) erhöhen.		Ablehnung der Wiedereinführung der Vermögensteuer und einer »weiteren Verschärfung« der Erbschaftsteuer; Gesamtbelastungsgrenze (max. 50 %) für direkte Steuern und Sozialabgaben im Grundgesetz festschreiben		Abschaffung der Erbschaftsteuer; Übergabe von Vermögen ist Privatangelegenheit; Vermögensteuer wird nicht wiedereingeführt; Ablehnung höherer Steuern und Abgaben, stattdessen »Abgabenbremse« einführen, um Belastung auf jetzigem Niveau zu deckeln	
<b>Mehr Demokratie in Deutschland und Europa</b>													
<b>Betriebliche Mitbestimmung</b> ausweiten: u. a. vereinfachtes Wahlverfahren bei Betrieben bis 100 Beschäftigten; besserer Schutz für Initiatoren von Betriebsratswahlen		Keine Aussagen zum Ausbau von Mitbestimmungsrechten		Schwellenwert der paritätischen Mitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte senken, Vereinfachung des Wahlverfahrens und besonderer Kündigungsschutz für Betriebsratswahl-Initiatoren		Wahl von Betriebsräten erleichtern: vereinfachtes Wahlverfahren; jährliche Mitarbeiterversammlungen bei Betrieben ohne Betriebsrat; Kündigungsschutz auf alle Organe der Betriebsverfassung ausweiten		Ausbau von Mitbestimmungsrechten für Betriebsräte; Absenkung des Schwellenwertes für paritätische Unternehmensmitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte		Keine Aussagen		keinerlei Aussagen zu Mitbestimmung und Betriebsräten	
<b>Sozialen Zusammenhalt und Demokratie</b> in Europa stärken: Leistungsstarkes <b>euro-päisches Investitionsprogramm</b> auflegen; Wachstumsimpulse v. a. für den Süden Europas, Abbau der Jugendarbeitslosigkeit		Bei Problemen wie dem Abbau der Jugendarbeitslosigkeit solidarisch helfen, für den Erfolg der gesamten EU; dafür müssen vereinbarte Regeln wie der Stabilitätspakt eingehalten werden		Mehr Zusammenhalt und Solidarität in Europa, breites Investitionsprogramm für Verkehrs- und Energienetze, Internet, Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung; Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit		Neustart der EU mit sozialer und demokratischer Alternative zu neoliberalen EU; europäisches Investitionsprogramm ohne Privatisierung durch die Hintertür; wirksame Schritte gegen Perspektivlosigkeit der Jugend in Krisenländern		Zukunftsfonds für ökologische und soziale Modernisierung im EU-Haushalt einrichten für öffentl. Investitionen, Mitgliedsstaaten in Not-situationen und zur Bekämpfung von Wirtschaftskrisen; europäische Jugendgarantie stärken		Vorschläge der Europäischen Kommission zu einer sozialen Säule Europas nicht zielführend; keine Aussagen zu sozialem Zusammenhalt, Investitionen in Europa und Jugendarbeitslosigkeit		Euroraum verlassen, Zurückführung der EU zu Organisation von Staaten, die auf Basis völkerrechtlicher Verträge ihre Interessen und Aufgabenwahrnehmung definieren; wenn nicht möglich: EU-Austritt	